

A5 A2: GRÜN IST... VIELFALT UND TEILHABE FÜR ALLE!

Antragsteller*in: Stefan Rath

Text

GRÜN IST... Vielfalt und Teilhabe für alle!

... Wie wir gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle Menschen schaffen wollen!

Inhalt

1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke

1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten Miteinanders

1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von Migrant*innen und Menschen aus Einwandererfamilien

1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle

1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft

1.6. Gerechte Verteilung der Kosten der Integration

2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen

2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben

2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen

2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen

3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen

3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen

3.2 LSBTTIQ-Leben in Dortmund

4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen

5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken

6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet

7. 365 Tage im Jahr für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen Rechts

1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke

Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt mit über 600.000 eigenständigen Geschichten. Jung oder alt, weiblich, männlich oder divers, geboren am Borsigplatz oder am Bosphorus, Hetero oder LSBTTIQ, Atheist*in oder religiös – Vielfalt ist unsere Stärke. Wir begreifen Vielfalt als Bereicherung und als Chance für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Dazu zählt auch die Vielfalt durch Zuwanderung.

Die Dortmunder Geschichte ist immer auch die Geschichte von Migration gewesen: Von der Einwanderung vieler Menschen und Familien aus Osteuropa gegen Ende des 19. Jahrhunderts über die Zuwanderung sogenannter „Gastarbeiter*innen“ in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis hin zu den Geflüchteten und Eingewanderten der letzten Jahre. Aktuell haben über ein Drittel der Dortmunder Bürger*innen eine Migrationsgeschichte. Viele leben seit vielen Jahrzehnten in Dortmund, viele sind hier geboren, zur Schule gegangen, leben und arbeiten hier. Dortmund ist unser gemeinsames Zuhause.

41 Das gilt auch für die große Anzahl der seit 2015 aus ihren Heimatländern nach
42 Dortmund geflüchteten Menschen. Sie stießen auf eine überwältigende
43 Willkommenskultur und die Solidarität vieler Dortmunder*innen. Viele der in
44 diesen Jahren mit großem Engagement aufgebauten Strukturen zur Unterstützung der
45 Geflüchteten bestehen bis heute.

46 1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten
47 Miteinanders

48 Grün wählen für:

49 Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt

50 Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre ist die Stärkung einer Kultur
51 der Vielfalt in Dortmund. Denn Vielfalt ist die Stärke einer lebendigen, offenen
52 und demokratischen Stadt - die Vielfalt der Lebensformen, der Kulturen, der
53 unterschiedlichen Herkunft. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dieser Vielfalt
54 mit der Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt auch in der
55 Verwaltung eine ganz eigene und starke Stimme zu geben.

56 In ein solches Amt soll auch das Kommunale Integrationszentrum MIA-DO als ein
57 wichtiger Akteur bei der Erarbeitung und Umsetzung integrationsfördernder
58 Maßnahmen integriert werden. Wir wollen die Arbeit des Integrationszentrums
59 weiter stärken und fortsetzen und den dort federführend bearbeiteten „Masterplan
60 Integration“ in Zusammenarbeit zwischen Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik
61 und Zivilgesellschaft weiterentwickeln.

62 Serviceorientierung der Ausländerbehörde

63 Durch eine Aufstockung des Personals wollen wir Mitarbeiter*innen und
64 Migrant*innen entlasten sowie Wartezeiten verkürzen. Transparenz, Respekt und
65 Kundenorientierung sollen den Beratungscharakter der Behörde stärken. Gegenüber
66 allen Antragsteller*innen und Ratsuchenden muss die Achtung der Menschenwürde
67 höchste Priorität haben.

68 Einrichtung eines kommunales Flüchtlingsforums

69 Wir unterstützen die Forderung der Träger in der Flüchtlingshilfe in Dortmund
70 nach Einrichtung eines kommunalen Flüchtlingsforums. Damit soll ein ständiger
71 Dialog zwischen Ausländerbehörde und Hauptberuflichen institutionalisiert
72 werden, um kommunale Konzepte und Maßnahmen, wie das Bleiberechtsprogramm u.a.zu
73 entwickeln.

74 Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe

75 Die Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sind in den letzten Jahren
76 wichtige Bausteine bei der Unterstützung Geflüchteter geworden. Sie leisten für
77 die gesamte Stadt eine unverzichtbare Arbeit bei der schrittweisen Integration
78 vieler Menschen, bei Beratung, Betreuung und konkreter Unterstützung. Wir wollen
79 diese Initiativen weiter stärken und setzen uns dafür ein, den Dialog zwischen
80 der Ausländerbehörde und Ehrenamtlichen zu verstetigen und die ehrenamtliche
81 Arbeit intensiv zu unterstützen.

82 Dezentrales Auszugsmanagement für geflüchtete Menschen

83 Seit der Ankunft vieler Geflüchteter 2015/16 haben sich die kommunalen Aufgaben
84 für geflüchtete Menschen grundsätzlich verändert. Ging es zunächst um die reine
85 Versorgung und Unterbringung, geht es heute insbesondere um die dauerhafte
86 Integration in die Dortmunder Stadtgesellschaft. Ein wesentlicher Bestandteil
87 der Integration ist dabei neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt ein eigener und

88 bezahlbarer Wohnraum. Wir halten an dem Ziel fest, möglichst schnell möglichst
 89 viele Geflüchtete dezentral in eigenen Wohnungen unterzubringen. Durch ein
 90 kommunal unterstütztes Auszugsmanagement sollen Geflüchtete auf der Suche nach
 91 Wohnraum unterstützt werden. Zur Unterstützung wollen wir das
 92 Integrationsnetzwerk „lokal willkommen“ in den Stadtbezirken weiter ausbauen.
 93 Sofern im Ausnahmefall auf die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften
 94 zurückgegriffen werden muss, sind insbesondere die Bedarfe von Frauen und
 95 weiteren besonders schutzbedürftigen Personengruppen zu berücksichtigen.

96 Gründung eines Museums für Migration
 97 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes festes Museum der
 98 Migration bekommt. Damit soll die Geschichte der Zuwanderung dauerhaft
 99 dokumentiert und der Beitrag der zugewanderten Menschen bei der Entwicklung der
 100 Stadt gewürdigt werden.

101 Gerechte Verteilung der Kosten für kommunale Aufgaben der Integration
 102 Dortmund wird seit langem seiner Aufnahmeverpflichtung für Geflüchtete gerecht.
 103 Aber: Ob bei den Monatspauschalen für Geflüchtete oder der Erstattung der Kosten
 104 für Geduldete – Land und Bund finanzieren die anfallenden Kosten an vielen
 105 Stellen bisher nur unzureichend. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund und Land
 106 ihre Verantwortung und die tatsächlich entstehenden Kosten übernehmen.

107 1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

108 Grün wählen für:

109 Erarbeitung eines kommunalen Bleiberechtsprogramms
 110 Mehr als tausend Menschen leben seit vielen Jahren als Geduldete und damit ohne
 111 gesicherten Aufenthaltsstatus in Dortmund. Sie sind formal ausreisepflichtig,
 112 ihre Abschiebung ist aber ausgesetzt, weil sie zum Beispiel aus humanitären
 113 Gründen nicht durchgeführt werden kann. Eine Duldung wird dabei immer nur für
 114 eine begrenzte Zeit erteilt und muss dann erneuert werden. Für die Betroffenen
 115 sind eine wirkliche Integration und eine gesicherte Perspektive kaum möglich.
 116 Auch Zugänge zu Arbeitsstellen und Wohnungen sind erschwert. Geduldete haben
 117 keinen Zugang und Sprach- und Integrationskursen. Wir wollen hier kommunal
 118 zusätzliche Möglichkeiten schaffen.
 119 Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung vorhandene Ermessensspielräume
 120 konsequent nutzt, um für möglichst viele Geduldete, ihre Familien und Kinder ein
 121 dauerhaftes Bleiberecht zu schaffen. Zusätzlich wollen wir ein separates
 122 kommunales Bleiberechtsprogramm entwickeln, um mit und für Geduldete eine
 123 Bleiberechtsperspektive aufzubauen. Das gilt auch für Geflüchtete, die sich als
 124 ehemalige unbegleitete minderjährige Geflüchtete in einer Schul- oder
 125 Berufsausbildung befinden oder bereits einen Arbeitsplatz haben.
 126 Petitionsausschuss und Härtefallkommission des Landes sind darüber hinaus für
 127 viele Menschen oft die letzte Hoffnung hinsichtlich einer Bleibeperspektive. Wir
 128 setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung positiven Beschlüssen und Ersuchen von
 129 Petitionsausschuss und Härtefallkommission folgt.

130 Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation für Menschen ohne Papiere
 131 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gehören auch in Dortmund zur
 132 gesellschaftlichen Realität. Viele von ihnen sind abgelehnte Asylsuchende,
 133 ehemalige Geflüchtete, Studienabbrecher*innen – Menschen, die ihr
 134 Aufenthaltsrecht verloren haben und trotzdem bleiben. Sie alle leben in
 135 ständiger Angst, aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Sie sind nicht

136 krankenversichert, leben oft in überbelegten und unwürdigen Wohnungen und sehen
137 sich Vermieter*innen oftmals schutzlos ausgeliefert. Viele von ihnen arbeiten
138 schwarz ohne aufenthalts- und arbeitsrechtliche Absicherung zu inakzeptablen
139 Bedingungen und Löhnen. Unter den Menschen ohne Papiere befinden sich auch
140 Kinder. Wir setzen uns dafür ein, die Situation der betroffenen Menschen zu
141 verbessern und Wege aus der Illegalität in den gesicherten Aufenthalt zu
142 schaffen.

143 Dortmund als „Sicherer Hafen“ für geflüchtete Menschen
144 Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass Dortmund sich zum Sicheren Hafen für
145 aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete erklärt. Der Rat hat im Sommer 2019
146 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir wollen erreichen, dass der Beschluss
147 des Rates mit Leben gefüllt und durch die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten
148 im Rahmen zukünftiger bundesweiter Aufnahmeproramme umgesetzt wird. Das betrifft
149 zum Beispiel die zusätzliche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen
150 Geflüchteten aus südosteuropäischen Flüchtlingslagern oder auch die Beteiligung
151 Dortmunds am Aufnahmeprogramm „NeSt – Neustart im Team“.

152 1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von
153 Migrant*innen und Menschen aus Einwandererfamilien

154

155 Grün wählen für:

156 Förderung der Migrant*innen-Selbstorganisationen
157 Wir möchten die politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Menschen aus
158 Einwandererfamilien fördern. Wir wollen das Engagement von und für Migrant*innen
159 sichtbarer machen. Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) sind dabei ein
160 wichtiger Baustein – bei der Integration von Neuzugewanderten, aber auch von
161 Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die schon lange hier leben. Sie
162 unterstützen den interkulturellen Dialog, fördern den Zusammenhalt und nehmen
163 eine Brückenfunktion zwischen zugewanderten Menschen und der
164 Mehrheitsbevölkerung ein. Wir wollen die Arbeit der vorhandenen MSO weiter
165 stärken und die Selbstorganisation und soziale Teilhabe neuer
166 Zuwanderungsgruppen fördern. Das betrifft zum Beispiel Initiativen von
167 geflüchteten Menschen oder von Zugewanderten aus Südosteuropa. Mit dem Haus der
168 Vielfalt gibt es bereits ein Zentrum für Selbstorganisationen von Migrant*innen.
169 Wir setzen uns dafür ein, bei steigendem Bedarf zusätzliche Räumlichkeiten zu
170 schaffen.

171 Stärkung des Integrationsrates

172 Wir wollen den Integrationsrat als eine starke kommunale Interessenvertretung
173 von Migrant*innen stärken. Der Integrationsrat tritt für die kulturelle,
174 soziale, rechtliche und politische Gleichstellung von Migrant*innen ein und
175 berät über viele Inhalte der Dortmunder Kommunalpolitik mit. Damit ist er eine
176 wichtige Unterstützung für Entscheidungen der Ausschüsse und des Rates. Leider
177 hat er nur eine beratende Funktion. Wir wollen seine Rolle in der Dortmunder
178 Kommunalpolitik stärken und setzen uns für die Prüfung zusätzlicher Kompetenzen
179 und Rechte ein.

180 Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle

181 Migrantinnen und Migranten dürfen keine Bürger*innen zweiter Klasse sein. Nach
182 wie vor sind aber viele Eingewanderte, die nicht aus der EU kommen, von
183 kommunaler Mitbestimmung ausgeschlossen. Viele von ihnen leben und arbeiten seit

184 Jahrzehnten in Dortmund, können aber bei der Wahl eines/einer
 185 Oberbürgermeister*in sowie über die Zusammensetzung des Rates und der
 186 Bezirksvertretungen nicht mitbestimmen. Für uns ist eine gleichberechtigte
 187 Mitbestimmung eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration. Deshalb
 188 treten wir ein für das kommunale Wahlrecht aller in Dortmund lebenden
 189 nichtdeutschen Einwohner*innen und werden uns dafür auf Landes- und Bundesebenen
 190 stark machen.

191 1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle

192

193 Grün wählen für:

194

195 Integrative Stadtentwicklung

196 Wir wollen eine auf Dauer angelegte soziale und ethnische Abgrenzung in unserer
 197 Stadt verhindern. Deshalb müssen Integration und Stadtentwicklung für uns Hand
 198 in Hand gehen. Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Stadtentwicklung
 199 ein, die eine stadtweite Integration fördert und eine Armuts- oder ethnische
 200 Separierung in den Stadtbezirken verhindert.

201 Kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege

202 Soziale und kulturelle Angebote für Senior*innen sollen immer auch auf die
 203 Bedarfe von älteren Migrant*innen abgestimmt werden. Finanzielle Sicherung im
 204 Alter, der Wunsch nach Teilhabe sowie eine kultursensible Gesundheitsversorgung
 205 und Pflege im Alter müssen insbesondere auch für ältere Migrant*innen
 206 sichergestellt werden. Wir setzen uns für eine soziale Infrastruktur ein, die
 207 den verschiedenen Lebensbiografien gerecht wird.

208 Programm „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“

209 In den vergangenen Jahren sind viele Menschen aus Südosteuropa als EU-
 210 Bürger*innen legal nach Dortmund gezogen. Fast 3.000 von ihnen arbeiten
 211 inzwischen sozialversicherungspflichtig oder als geringfügig Beschäftigte. Für
 212 viele der Zugewanderten gestaltet sich die Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme nach
 213 wie vor schwierig. Die intensiven Bemühungen einer differenzierten und fachlich
 214 fundierten Beratung bei Arbeitssuche, -aufnahme und beruflicher Bildung sind
 215 deshalb verstärkt fortzusetzen.

216 Da viele der Eingewanderten weder einen Anspruch auf Sozialleistungen noch eine
 217 Krankenversicherung besitzen und größtenteils von integrierenden Hilfeleistungen
 218 ausgeschlossen sind, ist ein Teil von ihnen zunehmend von Armut und Verelendung
 219 betroffen oder bedroht, lebt in prekären Wohnverhältnissen oder ist obdachlos.

220 In dieser existenziellen und sozialen Notlage sehen insbesondere einige Frauen
 221 die Prostitution als einzigen Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit. Das
 222 existierende Netz von Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten reicht absehbar

223 nicht aus. Wir setzen uns deshalb für ein gesondertes städtisches Programm

224 „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“ ein. Bestandteil eines solchen

225 Programms muss insbesondere auch die medizinische Versorgung sein.

226 Die bestehenden Unterstützungsstrukturen sind personell aufzustocken, um
 227 Projekte zu begleiten, zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Zusätzlich halten

228 wir die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Akquise von Finanzmitteln zur

229 Co-Finanzierung von Projekten und Programmen für notwendig. Damit sollen Lücken

230 geschlossen werden, die durch das vorhandene Unterstützungsangebot noch nicht
 231 abgedeckt werden.

232 Anders als Geflüchtete haben EU-Zuwander*innen keinen Rechtsanspruch auf die
 233 Teilnahme an Integrationskursen. Das erschwert eine schnellere Integration. Wir

234 wollen deshalb entsprechende Angebote schaffen. Wir unterstützen die Bemühungen,
 235 möglichst viele Menschen in die gesetzliche Regelversorgung der
 236 Krankenversicherung aufzunehmen. Zusätzlich braucht es ausreichende Angebote für
 237 Nichtkrankenversicherte. Die Angebote für Kinder in Kitas und Schulen
 238 insbesondere bei der Sprach- und Integrationsförderung sind weiter auszubauen.
 239 Wir setzen uns dafür ein, dauerhafte Wohnungslosigkeit von Eingewanderten von
 240 Beginn an verhindern. Im Rahmen einer Notunterbringung muss eine gemeinsame
 241 geschützte Unterbringung von Familien in Männer- und Frauenübernachtungsstellen
 242 möglich sein. Wir wollen das Projekt „Boarding-House“ entwickeln und umsetzen.
 243 Dort können aus einer Hand kurzzeitiges Wohnen und Sozialberatung und
 244 Vermittlung in Maßnahmen angeboten werden.

245 1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft

246 Grün wählen für:

247 Aufstockung der Mittel für die kommunale Bildungsarbeit
 248 Deutschland ist längst zur Einwanderungsgesellschaft geworden. Und auch in
 249 Dortmund haben Zuwander*innen, Migrant*innen und Geflüchteten eine neue Heimat
 250 gefunden. Wir setzen uns dafür ein, ihnen persönliche und berufliche
 251 Perspektiven zu eröffnen und sie so in die Gesellschaft zu integrieren. Die
 252 Unterstützung bei Bildung und Qualifizierung ist dabei die wichtigste Aufgabe.
 253 Wir wollen die Mittel für kommunale Bildungsarbeit, insbesondere für die
 254 Unterstützung der Elternarbeit bei Migrant*innen, aufstocken.

255 Passgenaue Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche
 256 Auch geflüchtete Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Wir setzen
 257 uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in regulären Schulen und Klassen
 258 unterrichtet werden und durch passgenaue Unterstützungsangebote im Spracherwerb
 259 und darüber hinaus gefördert werden. Schon in der Kinderbetreuung können
 260 Grundsteine für ein gelingendes Ankommen in Dortmund gelegt werden. Dafür sind
 261 Betreuungsplätze für alle Kinder – unabhängig ihrer Herkunft – sicherzustellen.
 262 Dabei ist die Förderung von Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachen ein wichtiger
 263 Baustein. Wir setzen uns für die Einführung eines bilingualen Zweigs
 264 mindestens in einer weiterführenden Schule in jedem Stadtbezirk ein. Wir setzen
 265 uns dafür ein, dass die Ausländerbehörde ihre Ermessensspielräume nutzt, um für
 266 junge Geflüchtete in Ausbildung ein Aufenthaltsrecht zu gewähren.

267 2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen

268 Wir treten dafür ein, Zeit, Macht, Geld und Chancen zwischen Frauen und Männern
 269 gerecht zu teilen. Wir GRÜNE praktizieren das in unseren eigenen Strukturen mit
 270 quotierten Vorständen und Fraktionen von Beginn an. Die Hälfte der Macht den
 271 Frauen – das heißt auch Aufwertung der sozialen Berufe, mehr Frauen als
 272 Chef*innen und eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen und
 273 Männern. An vielen Stellen unseres Programms finden sich dazu themenübergreifend
 274 Anmerkungen und Forderungen.
 275 Wir sagen zudem deutlich: Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen! Gewalt gegen
 276 Frauen und Mädchen ist ein gleichbleibend großes gesellschaftliches Problem.
 277 Nach wie vor sind vor allem Frauen Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt.
 278 In diesem Zusammenhang ist das eigene Zuhause oft der gefährlichste Ort für sie.
 279 Wir wollen diese Gewalt entschieden bekämpfen.
 280 Männer, Frauen und Diverse haben unterschiedliche Lebensbedingungen, Ansprüche
 281 und Bedürfnisse. Wir wollen, dass die unterschiedlichen Perspektiven der

282 Menschen in allen Politikbereichen und innerhalb der Stadtverwaltung unter den
283 Leitzielen von Gleichstellung und gleicher Teilhabe für alle Geschlechter
284 wahrgenommen und berücksichtigt werden. Für uns ist die konsequente Anwendung
285 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes selbstverständlich: Niemand darf wegen
286 seines Geschlechts oder seiner sexuellen Identität diskriminiert werden.

287 2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben

288 Grün wählen für:

289 Mehr Frauen in Führungspositionen

290 Wir sind überzeugt, dass unsere Gesellschaft die Perspektiven und Lebens- und
291 Berufserfahrungen von Frauen braucht. Die Stadt Dortmund ist Arbeitgeberin: In
292 ihrer Verwaltung und in den Betrieben mit städtischer Beteiligung arbeiten viele
293 Frauen; in einigen Arbeitsbereichen überwiegt ihr Anteil. Aber in
294 Führungspositionen sind sie noch immer erheblich unterrepräsentiert. Wir wollen
295 Frauen ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Dies
296 geschieht z. B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir wollen, dass die
297 Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In Kooperation mit
298 dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen geschlechterstereotype
299 Berufswahl aufgelegt werden.

300 Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“
301 Seit Jahrzehnten verdienen Frauen im Durchschnitt 20 % weniger als Männer: 2019
302 erhielten Frauen 17,72 brutto Stunde, Männer dagegen 22,16 €. Die wesentlichste
303 Ursache für diesen „Gender Pay Gap“ liegt darin, dass Frauen häufiger in Berufen
304 und Branchen arbeiten, die geringer bezahlt werden; das hat v.a. mit der
305 Bewertung von Arbeit zu tun. Diese ist nach wie vor von einer Geringschätzung
306 von Berufen geprägt. Vor allem frauendominierte Berufe in personennahen sozialen
307 Dienstleistungen (Pflege, Erziehung, Betreuung, Soziale Arbeit, Beratung) werden
308 nicht ihren Anforderungen entsprechend gerecht bewertet und damit auch nicht
309 gerecht bezahlt. Weiter erhalten Frauen nach einer Berufsunterbrechung wegen
310 Erziehungs- bzw. Pflegearbeit ein geringeres Entgelt. Frauen sind seltener in
311 Führungspositionen; aber auch die Frauen in den Chefetagen werden oft geringer
312 bezahlt als ihre männlichen Kollegen.

313 Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag, um auf den „Gender Pay Gap“
314 aufmerksam zu machen. In Deutschland markiert der Aktionstag symbolisch den Tag,
315 bis zu dem Frauen ohne Lohn arbeiten. Wir unterstützen die Aktionen zum Equal
316 Pay Day in Dortmund. Auf Bundesebene fordern wir ein effektives
317 Entgeltgleichheitsgesetz.

318 Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

319 Wir wollen Rahmenbedingungen verändern, damit Beruf und Familie besser vereinbar
320 sind, insbesondere auch für alleinerziehende Frauen. Dazu gehört maßgeblich der
321 weitere und vermehrte Ausbau qualitativ guter Ganztags-Kitas und Ganztags-
322 Schulen. Eine gute, zeitlich flexible und verlässliche Betreuung und Bildung von
323 Kindern schafft Freiraum für berufliche Ansprüche. Wir setzen uns dafür ein, die
324 Anzahl der Plätze insbesondere für unter dreijährige Kinder sowie in der Offenen
325 Ganztagschule so auszubauen, dass jedes Kind bei Bedarf einen entsprechenden
326 Platz erhält.

327 2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen

328 Grün wählen für:

329 Unterstützung der Arbeit des Dortmunder Frauenhauses
330 Gewalt gegen Frauen bleibt ein alarmierendes gesellschaftliches Problem.
331 Bundesweit haben im Jahr 2018 über 140.000 Frauen Gewalt durch ihre Partner und
332 Ex-Partner zur Anzeige gebracht. Gleichzeitig gibt es für betroffene Frauen
333 nicht ausreichend Plätze in Frauenhäusern, um ihnen und ihren Kindern Schutz,
334 Unterkunft und Beratung zu gewährleisten. Es gibt weder einen Rechtsanspruch auf
335 Schutz und Hilfe noch eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung. Die
336 Frauenhäuser und Beratungsstellen sind noch immer auf freiwillige Leistungen des
337 Landes und der Kommune angewiesen, was jegliche Planung erschwert. Auf
338 Bundesebene wollen wir GRÜNE deshalb einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe
339 bei Gewalt gesetzlich verankern, um die Finanzierung und die Arbeit der
340 Frauenhäuser dauerhaft zu sichern.

341 Das Dortmunder Frauenhaus verfügt zurzeit über 32 Plätze: 16 für Frauen und 16
342 für Kinder. Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Landes, mit Spenden sowie
343 mit jährlichen Zuwendungen der Stadt. Auf GRÜNEN Antrag sind zusätzlich 40.000
344 Euro zur Verfügung gestellt worden, um die Besetzung der Pforte zumindest bis 23
345 Uhr und an den Wochenenden zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, die
346 städtischen Gelder bei Bedarf weiter zu erhöhen und verbindlich zu verstetigen.
347 Sollte der Bedarf an Plätzen steigen, muss eine Erweiterung der Angebote geprüft
348 werden. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Aufnahme von Frauen mit
349 Behinderungen gewährleistet werden kann. Dazu ist zu prüfen, ob Gelder aus dem
350 Investitionsprogramm des Bundes für einen Umbau des Frauenhauses beantragt
351 werden können.

352 Neben der Unterbringung der Frauen ist eine entsprechende Beratung zur weiteren
353 Planung wichtig. Dafür braucht es teilweise auch mehrsprachige
354 Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, diese Angebote auszubauen und zu
355 finanzieren. Eine professionelle psychosoziale Beratung braucht Kommunikation in
356 der Muttersprache. Deshalb sind Fachkräfte mit vielfältigen Sprachkenntnissen
357 notwendig. Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung und Fortbildung von
358 Honorarkräften und Dolmetscherinnen zu sichern, um nicht deutschsprachige
359 Bewohnerinnen angemessen zu unterstützen.

360 Wir unterstützen Initiativen einer konzeptionellen Weiterentwicklung des
361 Frauenhauses. Das betrifft insbesondere die Unterbringung in sicheren Wohnungen
362 nach der Zeit im Frauenhaus mit intensiver Begleitung und Beratung, um den
363 Übergang in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dabei muss der Schutz der
364 Frauen, Kinder und Mitarbeiterinnen gewährleistet sein.

365 Viele Frauen bringen ihre Kinder mit ins Frauenhaus. Wir setzen uns dafür ein,
366 dass Angebote, die den Kindern dort gemacht werden, durch die Jugendhilfe
367 passgenau und längerfristig auch nach dem Aufenthalt im Frauenhaus fortgesetzt
368 werden. Jungen können nur dann mit ihren Müttern im Frauenhaus aufgenommen
369 werden, wenn sie maximal 14 Jahre alt sind. Hier braucht es Lösungen für Frauen
370 mit älteren Kindern.

371 Intensivierung der Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt
372 Das Projekt „Echte Männer reden“ des SKM berät Männer, die gegenüber ihren
373 Partnerinnen gewalttätig geworden sind. Dabei können Männer lernen, die
374 Hintergründe ihrer Krise zu verstehen, Verantwortung zu übernehmen und ihr
375 Verhalten zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Projektes
376 zum Schutz von Frauen intensiviert wird. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen
377 bei Einsätzen und Ermittlungen gegen gewalttätige Männer über dieses Projekt
378 informieren.

379 2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen

380 Grün wählen für:

381 Gendersensible Stadtplanung

382 Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt unserer Stadt auch in der
383 Gestaltung unserer Quartiere und Stadtteile widerspiegelt. Stadtplanung und
384 Stadtentwicklung müssen ebenfalls ihren Beitrag zu Chancengleichheit und
385 Geschlechtergerechtigkeit leisten und die Interessen aller Bürger*innen adäquat
386 berücksichtigen.

387 Förderung von Frauen-Wohnprojekten

388 Wohnen wird auch in Dortmund immer teurer. Dabei ist gerade für Frauen
389 preiswerter Wohnraum von besonderer Bedeutung. Sie sind häufiger alleinerziehend
390 oder von Altersarmut betroffen als Männer. Und deshalb sind sie und ihre Kinder
391 besonders auf günstige Wohnungen angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass
392 gezielt Wohnprojekte für Frauen gefördert und unterstützt werden.

393 Unterstützung wohnungsloser Frauen

394 Frauen ohne Unterkunft und ohne finanzielle Mittel können in der neuen
395 Frauenübernachtungsstelle der Diakonie in Hörde jederzeit eine Unterkunft
396 finden. Die dabei vorgenommene Ausweitung der Plätze ist die Antwort auf den
397 steigenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten. Der Aufenthalt ist allerdings
398 auf ein halbes Jahr begrenzt. Wir unterstützen alle Ansätze, um ausreichend
399 Wohnraum nach dem Aufenthalt in der Frauenübernachtungsstelle zur Verfügung
400 stellen zu können

401 3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen

402 Dortmund ist eine offene Stadt mit einer bunten Stadtgesellschaft. Dazu gehört
403 die Anerkennung jeder sexuellen Identität und sexuellen Orientierung. Wir wollen
404 Diskriminierungen in allen Bereichen verhindern und bestehende Diskriminierungen
405 beseitigen. Geschlechtliche Vielfalt kann gelebt werden; lesbische, schwule,
406 bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen
407 (LSBTTIQ) gehören zu unserer vielfältigen Stadt. Wir stehen für eine (Stadt-
408)Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein und ihre
409 Verschiedenheit selbstbewusst und selbstbestimmt leben können.

410 3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen

411 Grün wählen für:

412 Unterstützung von SLADO und Sunrise

413 Ob SLADO als Dachverband der zahlreichen Dortmunder Schwulen-, Lesben-,
414 Bisexuellen- und Transidentenvereine und -initiativen, ob das KCR als Lesben-
415 und Schwulenzentrum, ob der Gesundheitsladen Pudelwohl oder die Jugendbildungs-
416 und Beratungseinrichtung Sunrise – die Dortmunder LSBTTIQ-Landschaft ist
417 vielfältig. Für uns ist jede einzelne Gruppierung und Organisation eine
418 Bereicherung der Stadtgesellschaft. Mit SLADO gibt es eine starke Stimme, die
419 die Interessen bündelt und vertritt. Wir setzen uns dafür, die Arbeit der
420 Initiativen zu fördern und zu unterstützen. Das gilt insbesondere für
421 Beratungsangebote für Jugendliche.
422 Die Jugendbildungs- und Beratungseinrichtung Sunrise im Fritz-Henßler-Haus
423 bietet queeren Jugendlichen und junge Erwachsenen einen Schutzraum, in dem sie
424 offen mit Gleichaltrigen über ihre Erfahrungen sprechen können. Zusätzlich gibt

425 es Angebote für Angehörige sowie pädagogische Kräfte. Wir unterstützen die
426 weitere Förderung von Sunrise durch das Jugendamt.

427 Förderung des Antidiskriminierungsprojekts SCHLAU
428 Das von SLADO durchgeführte SCHLAU-Projekt ist ein Antidiskriminierungsprojekt,
429 bei dem es um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt von Jugendlichen geht. Das
430 Projekt läuft an Schulen und in Jugendzentren. Die jeweiligen Workshops vor Ort
431 werden von Ehrenamtlichen durchgeführt. Um die vielen Anfragen und die Anzahl
432 der durchgeführten Workshops bewältigen zu können, reichen die vorhandenen
433 Strukturen nicht mehr aus. Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion hat der Rat
434 beschlossen, das SCHLAU-Projekt für die Jahre 2020 und 2021 mit jeweils 70.000
435 Euro zu bezuschussen. Wir setzen uns dafür ein, diese Förderung auch darüber
436 hinaus zu verstetigen.

437 Feiern des Christopher Street Day
438 Bei den Aktionen und Demonstrationen zum Christopher Street Day machen auch in
439 Dortmund tausende Menschen selbstbewusst sexuelle Vielfalt und ihre Forderungen
440 sichtbar. Wir GRÜNE werden die Aktionen zum CSD sowie zum Trans*CSD weiterhin
441 unterstützen.

442 3.2 Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders

443 Grün wählen für:

444 Weiterentwicklung „Runder Tisch“ und „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule
445 und Transidente“

446 Seit vielen Jahren gibt es in Dortmund sowohl einen Runden Tisch zur Förderung
447 der Emanzipation und Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transidenten als auch
448 eine städtische Koordinierungsstelle. Sie kümmert sich um die Belange von
449 LSBTTIQ-Beschäftigten in der Verwaltung und ist das Bindeglied zwischen
450 Verwaltung und der Community. Wir setzen uns dafür ein, den Runden Tisch und die
451 Koordinierungsstelle auch in den kommenden Jahren fortzuführen und
452 weiterzuentwickeln.

453 Erarbeitung eines Aktionsplans zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher
454 Vielfalt

455 Viele lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle
456 und queere Menschen erleben Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen
457 Orientierung bis hin zu körperlichen Angriffen. Wir setzen uns deshalb dafür
458 ein, dass die Stadt einen Aktionsplan zur Akzeptanz sexueller und
459 geschlechtlicher Vielfalt erarbeitet. Der Aktionsplan soll ein kommunales
460 Handlungskonzept gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Lesben, Schwulen,
461 Bissexuellen, Transsexuellen, Transgender, intersexuellen und queeren Menschen
462 sein. Ziel ist es, sowohl die gesellschaftliche Akzeptanz als auch die Chance
463 auf eine diskriminierungsfreie Teilhabe zu fördern.

464 Austausch mit Partnerstädten

465 Auch in den Dortmunder Partnerstädten gibt es Szenen lesbischer, schwuler,
466 bisexueller, transsexueller, transgender, intersexueller und queerer Menschen,
467 die auch aufgrund des jeweiligen kulturellen Hintergrunds Diskriminierungen
468 erleben. Wir regen an, dass unter Beteiligung von SLADO ein internationaler
469 Austausch mit LSBTTIQ-Aktivist*innen initiiert und gefördert wird –auch um die
470 politische Teilhabe und Akzeptanz in den Partnerstädten zu verbessern.

471 „Lebensort Vielfalt“ in Senioren*innenheimen

472 Mit dem Wohn- und Begegnungszentrum Zehnthof der Städtischen Seniorenheime gibt
473 es das erste Dortmunder Seniorenheim, das besonders gute Voraussetzungen für
474 lesbische, schwule, bisexuelle oder transgender Bewohner*innen schafft. Es ist
475 sogar das erste dieser Art in NRW und hat das Qualitätssiegel "Lebensort
476 Vielfalt" der Schwulenberatung Berlin verliehen bekommen. Das Siegel erhalten
477 Einrichtungen, die besonders gute Voraussetzungen für sexuelle und
478 geschlechtliche Minderheiten schaffen und die sexuelle und geschlechtliche
479 Vielfalt ihrer Bewohner*innen als wesentlichen Aspekt ihrer Persönlichkeit
480 berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, weitere Einrichtungen für
481 Senior*innen zum „Lebensort Vielfalt“ zu machen.

482 Unterstützung für Geflüchtete

483 Auch unter den in den letzten Jahren nach Dortmund Geflüchteten gibt es
484 lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und
485 queere Menschen. Zum Teil mussten sie gerade wegen ihrer sexuellen Orientierung
486 fliehen. Sie sind aufgrund ihrer Herkunft oft mehrfacher Diskriminierung
487 ausgesetzt, Wir setzen uns für zusätzliche Unterstützungsangebote ein.

488 4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen

489 Die Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft steht für uns GRÜNE im
490 Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Inklusion ist ein Menschenrecht, das
491 vielen Menschen noch viel zu häufig verwehrt wird. Nach der UN-
492 Behindertenrechtskonvention wird Behinderung als individuelle Beeinträchtigung
493 gesehen, die erst durch psycho-soziale Faktoren und gesellschaftliche wie
494 räumliche Barrieren zur Behinderung wird. Dies erleben Menschen mit Handicaps
495 täglich, wenn Fahrstühle auf den Bahnhöfen fehlen, wenn die realen Kosten für
496 Gebärdensprachdolmetscher*innen nicht übernommen werden oder die Kita bzw.
497 Schule nicht barrierefrei ist. Wir setzen uns für einen barrierefreien
498 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und
499 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Und trotz aller Fortschritte
500 und Bemühungen: Auch Dortmund befindet sich noch am Beginn der Entwicklung zu
501 einer inklusiven Stadt.

502 Deshalb wollen wir GRÜNE Inklusionsbedarfe in allen Politikbereichen von Beginn
503 an mitdenken und mitplanen. Wichtige Unterstützer*innen sind dabei das
504 Behindertenpolitische Netzwerk und der Inklusionsbeirat. Ihre Expertise wollen
505 wir noch besser in die Arbeit des Rates und der Bezirksvertretungen sowie der
506 Verwaltung einbinden.

507 Grün wählen für:

508 Inklusion im Arbeitsmarkt

509 Ein wichtiger Aspekt sozialer Teilhabe ist die Inklusion im Arbeitsmarkt. Ideal
510 wäre ein inklusiver erster Arbeitsmarkt, so dass keine Werkstätten für Menschen
511 mit Beeinträchtigung und kein sozialer Arbeitsmarkt benötigt werden. Wir wollen
512 Impulse setzen für einen inklusiven Arbeitsmarkt, der auch Menschen mit schweren
513 gesundheitlichen Beeinträchtigungen Chancen ermöglicht. Den Aufbau eines
514 inklusiven Arbeitsmarktes, die weitere Gründung von Integrationsbetrieben oder
515 Integrationsabteilungen begrüßen und unterstützen wir.

516 Gewährleistung der Mobilität

517 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Leben in der
518 Gemeinschaft. Wir GRÜNE haben in der Vergangenheit mehrfach die Einführung eines

519 Begleitservice bei Fahrten mit Bussen und Bahnen in die politische Diskussion
520 gebracht. Ein solcher Service richtet sich an Fahrgäste, die einen Rollstuhl,
521 Rollator oder eine Gehhilfe nutzen, an seheingeschränkte, blinde oder gehörlose
522 Menschen sowie an Fahrgäste, die sich bei der Nutzung von öffentlichen
523 Verkehrsmitteln unsicher fühlen. Wir werden uns weiterhin für ein solches
524 Angebot zur Sicherstellung der Mobilität vieler Menschen in Dortmund einsetzen.
525 Ebenso werden wir uns weiterhin für einen gut funktionierenden Fahrdienst für
526 Menschen mit Behinderung einsetzen. Das Angebot des Fahrdienstes muss die
527 Teilhabe von Menschen mit besonders schweren Mobilitätseinschränkungen
528 sicherstellen. Wir haben uns bei der Neukonzeptionierung des
529 Behindertenfahrdienstes an der Seite des Behindertenpolitischen Netzwerks gegen
530 eine gleichzeitige Kürzung der Mittel eingesetzt. Ob der geänderte Fahrdienst
531 den gestiegenen und weiter steigenden Ansprüchen gerecht wird, werden wir
532 kritisch beobachten und bei Bedarf gegensteuern.

533 Ausbau öffentlicher Toiletten

534 Gerade für Menschen mit Beeinträchtigung sind ausreichende, barrierefreie und
535 qualitativ gute öffentliche Toiletten von großer Bedeutung. Ansonsten sind ihre
536 Mobilität und ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
537 eingeschränkt. Die vorhandene Anzahl öffentlicher Toiletten mit jeweils einer
538 pro Stadtbezirk reicht nicht aus. Wir setzen uns für ein Konzept zum Ausbau
539 öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des Projekts „Nette
540 Toilette“ ein.

541 Inklusive städtische Veranstaltungen

542 Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Veranstaltungen grundsätzlich inklusiv
543 sind. Städtische Räumlichkeiten müssen mit induktiven Höranlagen ausgestattet
544 bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen problemlos teilnehmen
545 können. Und auch die Anwesenheit von Gebärdendolmetscher*innen muss bei Bedarf
546 gewährleistet sein.

547 Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung

548 Familien mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen haben in der
549 Regel eine doppelte Herausforderung zu bewältigen und oft einen unzureichenden
550 Zugang zu Hilfesystemen. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist groß und
551 steigt. Wir unterstützen deshalb die Beratungs- und Kontaktstelle für Menschen
552 mit Migrationshintergrund und Behinderung als erste Anlaufstelle für
553 Begegnungen, Information und Hilfestellungen.

554 5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken

555 Kunst und Kultur prägen nachhaltig das Gesicht und das Image einer Stadt.

556 Kulturpolitik bedeutet für uns GRÜNE in erster Hinsicht die Sicherung der
557 kulturellen Infrastruktur und Vielfalt in den Stadtteilen für alle Bürger*innen.
558 Dabei müssen insbesondere die besonderen Herausforderungen der Inklusion und
559 Integration berücksichtigt werden. Gerade in Zeiten zunehmender
560 rechtsextremistischer Tendenzen und neuer populistischer Bewegungen steht Kultur
561 für eine Auseinandersetzung um Werte, Haltungen und Einstellungen in unserer
562 Stadt. Kultur tritt sichtbar für eine offene Gesellschaft ein.

563 Sie braucht deshalb Freiräume, um Werte- und Grundsatzfragen jenseits
564 ökonomischer und ideologischer Zwänge behandeln zu können. Der Zugang zu Kultur
565 und kultureller Bildung darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort.
566 Kultur ist ein Gemeinschaftsgut, dessen Infrastruktur zu großen Teilen

567 öffentlich finanziert wird – und das muss so bleiben.
568 In Dortmund existiert eine bunte Landschaft aus etablierten Kultureinrichtungen.
569 Neben der sog. Hochkultur gibt es eine starke freie Kulturszene sowie
570 vielfältige sozio- und interkulturellen Einrichtungen. Es ist unser Ziel, diese
571 Angebote zu erhalten und Zusammenarbeit zu fördern. Gerade die nicht
572 institutionalisierte Kunst- und Kulturszene liegt uns GRÜNEN am Herzen.

573 Grün wählen für:

574 Gewährleistung kultureller Teilhabe
575 Bei der Programmgestaltung der städtischen Kultureinrichtungen ist stärker
576 darauf zu achten, dass die Einrichtungen vermehrt für Menschen mit
577 Migrationshintergrund geöffnet und sie damit als Besucher*innen gewonnen werden.
578 Das kann z. B. durch mehrsprachige Veranstaltungskalender, zweisprachige
579 Lesungen, Puppenspiele usw. geschehen.
580 Um eine uneingeschränkte Nutzung der Dortmunder Kultureinrichtungen auch für
581 Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, halten wir ein umfassendes Konzept
582 zur Barrierefreiheit für erforderlich.
583 Kultur soll in allen Stadtteilen stattfinden und sich nicht auf die Innenstadt
584 beschränken. Gemeinnützige Vereine sorgen dafür, dass kulturelle Teilhabe nicht
585 an ein gewisses Einkommen gebunden ist. Orte wie das Kulturhaus Lütgendortmund,
586 Balou, Musik- und Kulturzentrum Güntherstraße und viele weitere leisten einen
587 wertvollen Beitrag zur Stadtgesellschaft. Wir wollen diese Vereine unterstützen
588 und insbesondere bestehende und neue Vereine bei der Suche nach Räumlichkeiten
589 unterstützen.
590 Wir wollen soziokulturelle Zentren strukturell besser fördern, da gerade sie das
591 Prinzip „Kultur für alle“ umsetzen und die Teilhabe vieler ermöglichen.
592 Und wir machen uns stark für die Einführung eines „Kombitickets Kultur“, das
593 eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV zu den Veranstaltungen aller Dortmunder
594 Kultureinrichtungen ermöglicht.

595 Stärkung der freien Kulturszene
596 Wir GRÜNE werden uns auch in Zukunft für eine einfallsreiche, vielfältige und
597 zeitgemäße Ausrichtung der Dortmunder Kulturszene einsetzen. Zu einer
598 städtischen Kultur in einer Stadt unserer Größenordnung gehören neben einer
599 lebendigen Kunstszenen mit Ausstellungs-, Konzert-, Atelier- und
600 Veranstaltungsräumen auch Feste, Gastronomie sowie eine Club- und
601 Kneipenlandschaft.
602 Wir GRÜNE werden weiterhin darauf achten, dass Nischen für Kultur gefunden und
603 verteidigt werden können. Zwischennutzungen wollen wir ausdrücklich fördern,
604 auch gemeinsam mit Gesellschaften, an denen die Stadt Dortmund beteiligt ist.
605 Wir unterstützen die temporäre Nutzung des öffentlichen Raums für Kulturevents.

606 Erhalt der Kinder- und Jugendangebote
607 Angebote wie die Kunstkurse des Museums Ostwall oder anderer Museen für Kinder
608 und Jugendliche oder das Kindermuseum mondo mio ermöglichen interkulturelle
609 Entdeckungsreisen und bieten bereits Kindern einen wichtigen Beitrag zum
610 besseren Verständnis unterschiedlicher Kulturen. Wir wollen diese Angebote
611 unterstützen und für die Zukunft sichern.
612 Auch die Familienkonzerte, Konzerte für junge Leute und die Sitzkissenkonzerte
613 der Dortmunder Philharmoniker sowie die Familienkonzerte des Domizils wollen wir
614 erhalten und fördern.

615 Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen
616 Wir wollen die Zusammenarbeit der freien Szene, der Kulturvereinen und der
617 Bildungseinrichtungen stärken und ausbauen, um kreative Freiräume für
618 gestalterische Mitbestimmung zu schaffen.
619 Eine Wirkung der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 ist die Kooperation von Kunstmuseen
620 und öffentlich getragenen Bühnen im Ruhrgebiet und die Einführung einer
621 RuhrKultur.Card. Die Kooperationen sind Teil der regionalen Kulturplanung
622 vonseiten des RVR und der Kultur Ruhr GmbH. Diese Form der Zusammenarbeit von
623 Kulturträger*innen in der Region unterstützen wir und setzen uns für eine
624 Ausweitung auch auf andere Kulturbereiche ein.

625 Förderung des Zugangs zu Museen
626 Die städtischen Museen sind Orte der Erinnerung, des öffentlichen Stadtraums und
627 zugleich außerschulische Bildungseinrichtungen. Der Eintritt in die meisten
628 Museen ist mittlerweile kostenlos. Das soll auch so bleiben. Wir GRÜNE setzen
629 uns für eine stärkere ganzjährige Vernetzung der musealen Einrichtungen und
630 ihrer Angebote sowie für eine breitere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit ein.
631 Lernen beinhaltet in allen Altersstufen auch kulturelles Lernen. Vor diesem
632 Hintergrund ist die Zusammenarbeit von Museen und Schulen, aber auch
633 Bildungseinrichtungen für Erwachsene zu intensivieren.

634 Erhalt der Bibliotheken und Büchereien
635 Büchereien und Bibliotheken sind wichtig für die Leseförderung und tragen dazu
636 bei, dass Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und Einkommen
637 Zugang zu einem breiten Literaturangebot haben. Neben der Stadt- und
638 Landesbibliothek in der Innenstadt gehören auch wohnortnahe Ausleihstellen in
639 den Stadtteilen dazu. In Dortmund gibt es zudem in den Hochschulbibliotheken ein
640 gutes Angebot für den Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Deshalb setzen wir
641 uns für eine zunehmende Kooperation der Stadt- und Landesbibliothek mit den
642 Hochschulbibliotheken ein.
643 Wir wollen, dass sich die Bibliotheken auch hinsichtlich des sich ändernden
644 Nutzerverhaltens und der Möglichkeiten der Digitalisierung weiterentwickeln,
645 damit sie dem Auftrag der Bildungsgrundversorgung weiterhin gerecht werden
646 können.

647 Mehr Freiheit für eine lebendige Nachtkultur
648 Dortmund ist eine der wenigen Städte, die noch an der Sperrstunde festhalten.
649 Dabei gibt es auch hier immer mehr Clubs, Labels und öffentliche
650 Kulturinstitutionen, die experimentelle Formate umsetzen und das urbane Leben
651 prägen. Mit der derzeit gültigen strikten zeitlichen Regelung durch die
652 Sperrstunde, wird diese Entwicklung immer wieder begrenzt. Dabei dient die
653 Sperrstunde nicht dem Lärmschutz, denn die im Umweltrecht verankerten
654 Schallemissionsgrenzen müssen die Clubs ohnehin grundsätzlich einhalten. Wir
655 wollen, dass sich in Dortmund eine kreative, vielfältige und lebendige (Nacht-
656)Kultur mit jungen Angeboten entwickelt. Die Abschaffung der Sperrstunde gehört
657 für uns zwingend dazu.

658 Erhalt und Förderung der Erinnerungskultur
659 In Dortmund gibt es eine lebendige und vielfältige Arbeit gegen Rechts. Dazu
660 gehört auch, das Andenken an die Opfer rechtsextremer Gewalttaten und
661 Naziverbrechen lebendig zu halten. Vorbildliche Beispiele hierfür sind die
662 Stolpersteine und insbesondere die Arbeit der Gedenkstätte Steinwache. Die
663 Steinwache als ehemaliges Gefängnis der Gestapo oder das Mahnmal für

664 Zwangsarbeiter am Phoenix-See sind Orte in Dortmund, die noch heute die
665 Naziverbrechen nachvollziehbar machen.
666 Diese Projekte sind wichtiger denn je, erschüttern doch auch heute wieder
667 rechtsextreme Verbrechen unsere Gesellschaft. Die Einrichtung eines „Mehmet-
668 Kubasik-Platzes“ in der Nordstadt dient der dauerhaften und mahnenden Erinnerung
669 an heutige Taten mit nationalsozialistischem Hintergrund (s. auch Kapitel
670 Rechtsextremismus). Wir GRÜNE treten dafür ein, weitere Projekte der
671 Erinnerungskultur zu fördern.

672 6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet

673 Sport und Bewegung sind wichtige Aspekte unseres gesellschaftlichen
674 Zusammenlebens und Ausdruck einer lebendigen und bunten Gesellschaft.
675 Schwimmbäder, Turnhallen, Bolzplätze und andere Sportstätten gehören zur
676 kommunalen Daseinsfürsorge. Die Sportförderung wird in Deutschland zu 80 Prozent
677 von den Kommunen getragen. Um die Bewegungsinfrastruktur vor Ort zukunftsfähig
678 gestalten zu können, brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Bund und Land.
679 Denn die Sportentwicklung steht vor vielfältigen Herausforderungen wie ein
680 verändertes Sportverhalten, schulpolitische Entwicklungen, demografischer
681 Wandel, Inklusion und ein spürbarer Sanierungsstau bei der
682 Sportstätteninfrastruktur.
683 Mit einem „Masterplan Sport“ will die Stadt sich auf diese neuen Gegebenheiten
684 einstellen. In diesen Prozess wollen wir unsere Vorstellungen für den Sport
685 einbringen.
686 Wir Grüne setzen uns ein für mehr Sport und Bewegung – im Verein, als
687 Leistungssport oder selbstorganisiert. Wir setzen auf soziale Dimensionen des
688 Sports wie Inklusion von Menschen mit Behinderung, Integration der zugewanderten
689 Menschen und das gemeinsame Miteinander von Generationen und unterschiedlichen
690 Milieus.
691 Vielfalt im Sport ist uns wichtig: Deswegen muss der Sport auf allen Ebenen
692 nachhaltig gefördert werden. Er braucht neben intakten Sportstätten auch eine
693 sport- und bewegungsfreundliche Verkehrs- und Stadtpolitik sowie den Ausbau des
694 bürgerschaftlichen Engagements. Sporthallen sind nicht der einzige Ort, an dem
695 man Sport treiben kann. Wir wollen die Spiel- und Bewegungsbedürfnisse von
696 Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen – das ist auch auf (Spiel-
697)Straßen und Plätzen möglich.

698 Grün wählen für:

699 Förderung des Breitensports

700 Aktiver Sport ist nicht an Vereine gebunden. Zu 59 Prozent wird der weitaus
701 größte Teil sportlicher Aktivität in Dortmund privat organisiert. Deshalb wollen
702 wir die Möglichkeiten der vielen nichtorganisierten Freizeitsportler*innen
703 verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein gleichberechtigter
704 Bestandteil im „Masterplan Sport“ und der generellen Stadtentwicklung werden.
705 Wir treten deshalb dafür ein, mehr Freiflächen kostenlos für Sport, Spiel und
706 Freizeit zur Verfügung zu stellen.
707 Sporthallen und -stätten müssen auch für nichtvereinsgebundene Aktivitäten
708 möglich sein. Wir wollen ein Konzept, das eine weitestgehende Zugänglichkeit
709 unserer Sportanlagen für jedermann sichert.

710 Sanierung und Ausbau der Sportstätten

711 Wir werden uns weiterhin für intakte und attraktive Sportanlagen stark machen.

712 Dies wollen wir vor allem durch die Sanierung bestehender Sporthallen und -
713 plätze erreichen. Wir wollen, dass Sportanlagen zukünftig multifunktional
714 nutzbar sind: sowohl für unterschiedliche Sportarten als auch für verschiedene
715 Generationen,. Die vom Land im Rahmen des Sanierungsprogramms „Gute-Sportstätte-
716 2022“ eingebrachten 300 Millionen Euro Fördergelder für ganz NRW reichen dafür
717 nicht aus. Auf Landesebene machen wir uns dafür stark, dass Schule und Sport
718 nicht um ohnehin geringe Finanzmittel streiten müssen. Die Sportpauschale und
719 die Schulpauschale müssen im Gemeindefinanzierungsgesetz wieder als getrennte
720 Töpfe ausgewiesen werden.
721 Sportanlagen gehören in das Wohnumfeld, denn Wohnortnähe ist das entscheidende
722 Nutzungskriterium von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten. Wir setzen uns deshalb
723 für einen umfassenden Bestandsschutz und den Ausbau von offenen Sportstätten
724 ein.

725 Intensive Kooperation von Schule und Sportvereinen

726 Die Einführung des offenen Ganztags an immer mehr Schulen macht eine zunehmende
727 Kooperation mit Sportvereinen notwendig. Jede Schule soll mindestens einen
728 Sportverein als Kooperationspartner haben. Dabei setzen wir uns auf Landesebene
729 für eine leistungsgerechte Vergütung von Vereinsübungsleiter*innen und für die
730 kommunale Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ein. Dies gilt auch für Kitas
731 (s. Kapitel Kinderbetreuung).

732 Immer weniger Kinder können schwimmen. Wir fordern deshalb mehr
733 Lehrschwimmbecken für Kleinkinder, insbesondere in der Nähe von Kitas und
734 Schulzentren. Die Nutzung solcher Becken auch für den Reha-Sport sorgt für die
735 Rentabilität dieser zusätzlichen Becken.
736 Für mehr Wassergewöhnung und Schwimmunterricht in Kindergärten und Schulen
737 wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen, Kitas und Schwimmvereinen fördern. In
738 Kooperation mit dem Stadtsportbund müssen zusätzliche Schulschwimmlehrer*innen
739 finanziert werden, um die notwendige Betreuung zu gewährleisten.

740 Umsetzung der Inklusion im Sport

741 Menschen mit Behinderung müssen zum Sport einen gleichberechtigten Zugang haben.
742 Daher wollen wir Grüne inklusive Sportangebote weiterentwickeln und an die
743 speziellen Anforderungen von Menschen mit Behinderung anpassen. Dazu gehören
744 barrierefreie Umkleiden, Sanitäranlagen, Spiel- und Sportflächen. In
745 ausgewählten Hallen sollen behindertengerechte Grundsportgeräte, wie
746 beispielsweise Sport-Rollis, zur Verfügung stehen. Die Vereine leisten hier
747 schon wertvolle Arbeit. Wir wollen sie dabei unterstützen, mehr inklusive
748 Projekte umzusetzen. Dafür müssen in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund
749 vermehrt besonders qualifizierte Übungsleiter*innen ausgebildet werden.
750 Kooperationen zwischen den Vereinen bieten die Möglichkeit, Angebote gemeinsam
751 bereitzustellen und Übungsleiter*innen zu teilen.

752 Wertevermittlung im Sport

753 Sport vermittelt Werte wie Fairness, Toleranz und Respekt und kann Vorurteile
754 abbauen. Insbesondere Sportvereine leisten hierzu einen großen Beitrag. Wir
755 unterstützen daher Projekte, die sich gegen Rassismus, Diskriminierung und
756 Gewalt im Sport wenden wie z. B. stadtteilbezogene Veranstaltungen und Turniere,
757 die alle Kinder unabhängig von Herkunft und sportlichem Können einladen.
758 Wir unterstützen die Arbeit des Fan-Projekts Dortmund. Dieses leistet u. a. in
759 Form der politischen Jugendbildung am "Lernort Stadion" und durch
760 interkulturelle Fußballturniere für Kinder/Jugendliche wie auch durch Besuche

761 von NS-Gedenkstätten einen für die Stadtgesellschaft insgesamt wichtigen Beitrag
762 für Demokratie und Menschenrechte.

763 Bewegungsorientierte öffentliche Räume
764 Sport und Bewegung finden im gesamten städtischen Raum statt. Eine große Rolle
765 spielen Räume, die nicht explizit für sportliche Betätigung erbaut wurden, wie
766 z. B. Parkanlagen, Straßen und Wege. Kinder und Jugendliche, aber auch
767 Erwachsene müssen sich begegnen, spielen, toben, klettern und an der frischen
768 Luft erholen können. Dafür wollen wir unter Beteiligung der Nutzer*innen und
769 unter Einbeziehung der klimatischen Veränderungen geeignete Standorte festlegen.
770 Skateparks, Bolzplätze, Boule-Bahnen und Basketballanlagen gehören für uns dabei
771 ebenso zur Gestaltung des öffentlichen Raums wie Sportgeräte für Senior*innen.
772 Bei der Planung neuer Quartiere setzen wir deshalb auf eine
773 bewegungsorientierte Infrastruktur. Im Zuge der Umgestaltung unserer städtischen
774 Parks setzen wir uns dafür ein, die Möglichkeiten für den Freizeitsport zu
775 verbessern, z. B. durch beleuchtete Joggingstrecken oder offene
776 Kleinspielfelder. Und wir wollen, dass alle Sportanlagen sicher und schnell mit
777 dem Rad zu erreichen sind.

778 7. 365 Tage im Jahr für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen
779 Rechts

780 Viele Menschen in Dortmund engagieren sich tagtäglich für Vielfalt und
781 Demokratie und für ein solidarisches Zusammenleben. Ob in unterschiedlichen
782 Initiativen, Einrichtungen und Institutionen, ob in Schulen, Gewerkschaften,
783 Kirchen und Parteien – die Arbeit gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus,
784 gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie wird an vielen Stellen an 365
785 Tagen im Jahr geführt. Und das aus guten Gründen. Dortmund ist keine Nazi-
786 Hochburg. Aber Dortmund hat nach wie vor eine gewaltbereite Nazi-Szene, die
787 bundes- und europaweit vernetzt ist und kommunal mit Einschüchterungen,
788 Drohungen und Übergriffen arbeitet. Auch ihre Einbindung in die Planung des
789 Mordes an Mehmet Kubasik durch den NSU ist noch immer nicht abschließend
790 geklärt. Im Gegenteil morden rechte Extremist*innen weiterhin. Das zeigen die
791 Beispiele in Halle, Kassel und Hanau. Viele Menschen auch in unserer Stadt
792 erleben alltäglich Rassismus, Antisemitismus und Abwertung. Den Boden dafür
793 bereiten die Rechtspopulisten der AFD und rechtsextreme Parteien in den
794 Parlamenten, auch im Rat der Stadt Dortmund. Unter dem Deckmantel der
795 Meinungsfreiheit versuchen sie die Grenzen des Sagbaren nach Rechts zu
796 verschieben.

797 Alledem stellen wir GRÜNE uns mit einem klaren Bekenntnis gegen Rassismus und
798 Antisemitismus und für Vielfalt und Demokratie an vorderster Stelle entgegen.

799 Grün wählen für:

800 Aktionsplan gegen Rechtsextremismus
801 Der vor 10 Jahren auch auf Antrag der GRÜNEN erstmals erstellte Aktionsplan
802 gegen Rechtsextremismus ist ein Erfolg. Seine sieben Handlungsfelder sind die
803 Grundlage für die städtischen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und
804 Rechtspopulismus. Im Laufe der Jahre sind damit zahlreiche Aktivitäten der
805 Stadtgesellschaft für Vielfalt und Demokratie gefördert worden. Zusätzlich sind
806 neue Beratungsstellen und Unterstützungsangebote gegen Rechts entstanden. Wir
807 setzen uns dafür ein, den Aktionsplan kontinuierlich weiter zu entwickeln. Unser
808 Ziel ist es, dass möglichst viele Gruppen und Projekte in der Stadt in ihrem

809 Einsatz für Vielfalt und Demokratie unterstützt und gefördert werden. Die
810 Öffentlichkeitsarbeit für den Aktionsplan wollen wir ausweiten. Die dafür
811 benötigten Mittel sind auch in den kommenden Jahren bereitzustellen und bei
812 Bedarf auszuweiten.

813 Stärkung der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie
814 Die städtische Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie -
815 gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aktiviert,
816 berät, bündelt und vernetzt zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie
817 und Toleranz. Zusätzlich entwickelt sie partizipative Handlungsstrategien auf
818 Basis des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus. Wir fordern, die Arbeit der
819 Koordinierungsstelle weiter zu stärken, insbesondere auch die Funktion der
820 Vernetzung von Aktivitäten im Sinne des Aktionsplans.

821 Unterstützung der Ausstiegs- und Opferberatung
822 Wir unterstützen die Ausstiegs- und Opferberatung BackUp-ComeBack. ComeBack –
823 You are not alone (CoBa-Yana) begleitet, berät und unterstützt Menschen, welche
824 die rechtsextreme Szene verlassen möchten und entwickelt gemeinsam mit ihnen
825 neue Lebensperspektiven. Backup bietet Beratung für Opfer rechter Gewalt, deren
826 Freund*innen und Angehörige und unterstützt bei rechtlichen, finanziellen und
827 psychischen Fragen. Wir werden die finanzielle Unterstützung der
828 Beratungsstellen dauerhaft absichern.

829 Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteure gegen Rechts
830 In Dortmund setzen sich unterschiedliche Arbeitskreise und Bündnisse gegen den
831 Rechtsextremismus ein. Ihre jeweilige Arbeit und Sichtweise ist geprägt von der
832 Geschichte der einzelnen Organisationen und der Zusammensetzung ihrer
833 Mitglieder. Wir unterstützen diese Bündnisse in ihren Aktionen, solange das
834 Prinzip der Gewaltfreiheit gewährt ist. Wir engagieren uns aktiv für eine
835 bessere Vernetzung der Bündnisse, um damit den Widerstand gegen die
836 rechtsextreme Szene und ihre Aktionen zu stärken.
837 In verschiedenen Stadtteilen haben sich Organisationen, Vereine, Kirchen und
838 Einzelpersonen zu Runden Tisch gegen Rechts zusammengeschlossen. Wir
839 unterstützen diese Ansätze, sich direkt vor Ort gegen Rechtsextremismus
840 einzusetzen und gemeinsam an Konzepten für Vielfalt und Demokratie zu arbeiten.
841 Wir setzen uns dafür ein, in möglichst allen Stadtteilen derartige Runde Tische
842 zu gründen und sie durch die Koordinierungsstelle zu unterstützen und zu
843 vernetzen.

844 Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche
845 Der große Widerstand der Stadtgesellschaft im Herbst 2019 gegen die
846 wöchentlichen Aufmärsche der Dortmunder Nazis hat mit dazu geführt, dass die
847 Zahl der größeren rechtsextremen Aktionen in den folgenden Monaten
848 zurückgegangen ist. Wir wollen Aufmärsche und Aktionen der Nazis mit allen
849 rechtlichen Mittel verhindern. Wir unterstützen den Widerstand dagegen mit
850 gewaltfreien Aktionen, insbesondere auch mit Sitzblockaden.
851 Wir begrüßen, wenn Polizei und Justiz gewalttätige Nazis konsequent verfolgen
852 und verurteilen. Wir fordern aber auch, dass Gegendemonstranten geschützt und
853 ihre Demonstrationen nicht unverhältnismäßig behindert werden.

854 Vollständige Aufklärung der NSU-Unterstützungsstrukturen
855 Unvergessen bleibt: Auch in Dortmund ist mit Mehmet Kubasik einer unserer
856 Mitbürger vom NSU ermordet worden. Bis heute sind viele Zusammenhänge dieses

857 Mordes ebenso wenig geklärt wie die der Morde in anderen Städten. Ungeklärt ist
858 auch, ob und welche Helfershelfer*innen der NSU bei seinem Mord in Dortmund
859 hatte. Vieles deutet darauf hin, dass es sie gab und dass sie noch unter uns
860 leben. Der bisherige NSU-Prozess war deshalb kein Schlusstrich. Wir fordern
861 stattdessen die rückhaltlose Aufarbeitung des NSU-Terrors und die Aufdeckung der
862 Verflechtungen mit der Nazi-Szene in Dortmund.

863 Bekämpfung des Institutionellen Rassismus
864 Betroffene erleben alltäglich Rassismus und Diskriminierung. Institutioneller
865 Rassismus meint die strukturell bedingte systematische Herabsetzung und
866 Benachteiligung sozialer Gruppen in Organisationen, Institutionen und Behörden.
867 Dabei wird institutioneller Rassismus häufig geleugnet oder verharmlost. Für uns
868 Grüne ist deshalb notwendig, eine breite Diskussion in Politik und Gesellschaft
869 über institutionellen Rassismus zu führen. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns
870 dafür ein, dass Konzeptionen für die Sensibilisierung und Weiterbildung der
871 Beschäftigten in der kommunalen Verwaltung erarbeitet und umgesetzt werden. Auch
872 das Land ist aufgefordert, das Thema in der Aus- und Weiterbildung der
873 Polizeibeamt*innen zu verankern.

874 Konsequente Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD
875 Die AfD ist eine rechtspopulistische Partei, deren Grenzen zum Rechtsextremismus
876 fließend sind. Seit Jahren hetzen und agitieren viele ihre Mitglieder gegen
877 Geflüchtete, Migrant*innen und People of Colour und relativieren den
878 Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Die AfD ist eine der geistigen
879 Wegbereiter*innen für die unzähligen Angriffe auf Geflüchtete und Zugewanderte
880 und letztlich auch für die Morde in Halle, Kassel und Hanau. Im Rat und in den
881 Ausschüssen ist das bestimmende Thema der AfD immer wieder die Hetze gegen
882 Geflüchtete in Dortmund. Gleichzeitig will sie die Mittel für alles streichen,
883 was eine offene, freie, pluralistische und demokratische Stadtgesellschaft
884 ausmacht. Diesem Klima der Einschüchterung und Ausgrenzung stellen wir uns nicht
885 nur entschieden entgegen. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD jedweder
886 Art ab und fordern dies auch von den anderen demokratischen Parteien in
887 Dortmund.